

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern

Bern, 9. April 2026 / cts
VL_ISOS_d

Elektronischer Versand: isos@bak.admin.ch

Änderung der Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz ISOS (VISOS) und der Raumplanungsverordnung (RPV): Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) behindert zunehmend Bauvorhaben. Die FDP befürwortet daher die vom Bundesrat vorgeschlagenen Verordnungsänderungen, die eine Fokussierung der Direktanwendung des ISOS auf wirklich ortsbildrelevante Fälle vorsehen. Dies entspricht einer langjährigen Forderung der Partei.

Im Sinne der FDP ist es auch, dass ISOS-Erhaltungsziele zugunsten einer Weiterentwicklung verschiedener Ortsbilder zurückgestellt werden können und dass Kantone und Gemeinden in der Interessenabwägung beim Wohnungsbau oder anderen kommunalen oder kantonalen Aufgaben von den ISOS-Erhaltungszielen abweichen dürfen. Daher unterstützen wir die vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS), insbesondere die Einschränkung der Direktanwendung des ISOS auf Elemente, die das Ortsbild direkt betreffen.

Leider setzt der Bundesrat diesen Weg nicht konsequent fort. Wir fordern ihn daher auf, den Zusatz «... sofern sie sich durch ein überwiegendes Interesse rechtfertigen lassen ...» in Artikel 10 ersatzlos zu streichen. Dabei handelt es sich um eine zusätzliche Einschränkung, die neue Einschränkungen bei Bauten verursacht.

Weiter fordert die FDP den Bundesrat auf, den Kantonen und Gemeinden eine Vollzugsunterstützung zur Verfügung zu stellen, damit die betroffenen Behörden und Denkmalschützer schnell auf die neue Praxis umstellen können.

Die FDP unterstützt ebenfalls die Änderung der Raumplanungsverordnung, die den Bau von Dachsolaranlagen erleichtert. Der Bundesrat geht hier in die richtige Richtung, sollte seinen Weg zur Ermöglichung von Anlagen aber konsequenter weitergehen und noch mehr Gestaltungsspielraum für die Gemeinden und Kantone erlauben.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen

Der Co-Präsident



Benjamin Mühleemann
Ständerat

Die Co-Präsidentin



Susanne Vincenz-Stauffacher
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Jonas Projer